

PM Nr.222/08 vom 08.10.2008

Grüne fordern mehr Teilhabe blinder und sehbehinderter Menschen an Arbeit und Beruf

Pressemitteilung 222/08 vom 08.10.2008

Astrid Rothe-Beinlich: Berufliche Integration muss vorangetrieben werden

Morgen, am 9. Oktober 2008, beginnt unter dem Motto "Blindheit verstehen, Blindheit verhüten" die 7. Woche des Sehens. Noch immer ist die Situation blinder und sehbehinderter Menschen in akademischen und verwandten Berufen prekär.

Dazu erklärt Astrid Rothe-Beinlich, Landessprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen:

"Unsere Welt ist eine Welt der Sehenden. Aber wie geht es den Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen nicht sehen können oder deren Sehvermögen so eingeschränkt ist, dass sie ihre Umwelt nur sehr begrenzt wahrnehmen? Der Blindenverband Erfurt hat allein 300 Mitglieder. Es gibt etwa 73% arbeitslose Blinde. Ziel jeder Arbeitsmarktpolitik für behinderte Menschen muss daher die Integration in reguläre Beschäftigungsverhältnisse des ersten Arbeitsmarktes sein und bleiben. Denn die Sorge, nicht mehr gebraucht zu werden, der Verlust gesellschaftlichen Ansehens und die Gefahr der Vereinsamung werden zusätzlich als Ausgrenzung erlebt. Hinzu kommt die seelische Belastung der Betroffenen und der mit ihnen verbundenen Menschen."

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern von der Landesregierung die Wiedereinführung eines bedarfsgerechten Blindengeldes.

"Die Thüringer Landesregierung hat sich mit der Abschaffung des Blindengeldes einen Bärendienst erwiesen. Immerhin hat sogar Ministerpräsident Dieter Althaus an seinem 50. Geburtstag eingeräumt, dass diese Abschaffung sein größter Fehler gewesen sei. Fehler zu erkennen, reicht aber nicht aus, daher fordern wir die Wiedereinführung eines bedarfsgerechten Blindengeldes als konsequenten Schritt. Das Landesblindengeld ist unverzichtbar als annähernder Ausgleich für den blindheitsbedingten Mehraufwand", so Astrid Rothe-Beinlich weiter.

"In Thüringen ist die Zahl von Blinden und Sehbehinderten, die einen Arbeitsplatz haben, erschreckend gering. Die Vermittlungsstelle für schwerbehinderte AkademikerInnen wurde leider abgeschafft. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass kompetente, regional und Leistungsträger übergreifend arbeitende Sachverständigenstellen generell bei der Arbeitsmarktvermittlung von schwerbehinderten Menschen hinzugezogen werden. Denn die berufliche Tätigkeit ist ein Grundbedürfnis. Seine Befriedigung ist für Blinde und Sehbehinderte besonders wichtig, weil es nicht allein um einen Beitrag zum Lebensunterhalt geht, sondern um ein unverzichtbares Element der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen im Berufsleben verlangt hier tätige Solidarität des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft", schließt Astrid Rothe-Beinlich.

(c) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen
Stefanie Dolling
Lutherstraße 5 - 99084 Erfurt
Tel.: 0361-5765037
Fax: 0361-5765035
Presse-Abo: <http://www.gruene-thueringen.de>

Quelle: <http://www.gruene-thueringen.de>